

Energie – eine Desinformationskampagne

Zum Artikel „Stürmische Geschäfte“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 2. Juli): An der Nutzung der Windenergie scheint in der Tat kein Weg vorbeizuführen, allerdings nicht aus ökologischen Gründen, sondern aufgrund einer gezielten Desinformationskampagne der Subventionslobbyisten der Bundesverbände für erneuerbare Energien und Windenergie und der sonstigen hochsubventionierten Ökobranchen. Würden die selbsternannten Klimaschützer aus der Politik ihre Ziele zur maximal möglichen und wirtschaftlich vertretbaren Kohlendioxid-Reduktion und Ressourcenschonung ernst nehmen, würden sie auf der Erzeugerseite die bereits jetzt mögliche Effizienzverbesserung des überalterten Kohlekraftwerksparks von 34 bis 37 Prozent Wirkungsgrad auf 48 Prozent, was einer Kohlendioxid-Minderung im Elektrizitätsbereich um bis zu 37 Prozent entspricht, vorantreiben, anstatt etwa 90 Milliarden Euro in die ineffizienten On- und Offshore-Windmühlen stecken zu lassen. Die ökonomische Ineffizienz der Windmühlen ergibt sich bereits aus deren hohem Investitionsbedarf von 5800 Euro (Land) und mindestens 6600 Euro (Nordsee) pro real erzeugbarem Kilowatt (kW). 25 000 Megawatt (MW) installierte maximale Leistung in der Nordsee entsprechen real nur 9400 MW, an Land sind es bei 20 000 MW derzeit nur 3000 MW. Zudem beträgt die erwartete Lebensdauer der Windmühlen maximal zwanzig Jahre bei erwarteten jährlichen Mindestwartungs- und Reparaturkosten von etwa sechs bis neun Prozent der Investitionssumme. Außerdem sinkt mit zunehmender Größe der Windmühlen deren Effizienz, bezogen auf das investierte Kapital. Der Gigantismus der Hersteller führt nicht zu billigerem Windstrom, sondern zu teurerem.

Unter Berücksichtigung aller Parameter (zum Beispiel Bereithaltung von sofort abrufbarer Reserveleistung und Wirkungsgradverminderung durch Teillastbetrieb der Kraftwerke) ergeben sich Vermeidungs-

kosten von mindestens 300 bis 400 Euro pro Tonne Kohlendioxid bei Nutzung der Offshore-Windenergie im derzeit geplanten Umfang. Dem stehen je nach Energiemix des fossilen Kraftwerksparks und Nutzung des derzeitigen Effizienzsteigerungspotentials Kostenneutralität durch Brennstoffeinsparung beziehungsweise Kosten bis maximal 40 Euro pro Tonne gegenüber. Insgesamt ergibt sich, dass die Nutzung der Windenergie im geplanten Umfang gegenüber dem Referenzszenario mindestens zu einem zusätzlichen jährlichen Kohlendioxid-Ausstoß von 30 Millionen Tonnen führen wird und alle Verbraucher dies mit mindestens sechs Milliarden Euro jährlich „subventionieren“ müssen. Die Volkswirtschaft wird durch diese gigantische Fehlinvestition von 90 Milliarden Euro und dadurch überhöhte Strompreise weitere massive Arbeitsplatzverluste im energieintensiven Produktionsbereich verzeichnen. Insgesamt ergibt sich, dass die Nutzung der Windenergie für die nächsten zwanzig bis dreißig Jahre in Deutschland ökonomisch und ökologisch nicht vertretbar ist. Gleiches gilt für die „Bioenergie“ aus speziell angebauten Maismonokulturen mit etwa doppelt so hohen Vermeidungskosten.

Die Dauersubventionierung der „Ökonomiebranche“ mittels Direktzahlung durch die Verbraucher ist ein teurer Irrweg, der durch Glaubenssätze und nicht durch korrekte Berechnung bestimmt wird. Die Produkte der Branche sind generell ohne Dauersubventionierung auch zukünftig nicht marktfähig, da erst bei einer Verfünfachung des heutigen Kohlepreises die Stromerzeugungskosten beider Erzeugungsarten gleich wären. Eine solche Entwicklung ist sehr unwahrscheinlich, da die weltweiten Kohlereserven für mindestens hundert Jahre zu heutigen Preisen förderbar sind.

Thomas Heinzow, Forschungsstelle
Nachhaltige Umweltentwicklung,
Universität Hamburg